

22
—
79

Union in Deutschland

Bonn, den 31. Mai 1979

Einmütig für Ernst Albrecht

Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 28. Mai 1979 in Bonn für die bevorstehenden Verhandlungen mit der CSU einmütig den stellvertretenden Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Ernst Albrecht, als gemeinsamen Kanzlerkandidaten beider Unionsparteien für die Bundestagswahl 1980 vorgeschlagen. Der vom Vorstand bei zwei Stimmenthaltungen (Hans Filbinger und Ernst Albrecht) gefaßte Beschuß hat folgenden Wortlaut:

„Der Bundesvorstand der CDU begrüßt den Vorschlag des Bundesvorsitzenden Dr. Helmut Kohl, für die Gespräche mit der CSU Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht als Kanzlerkandidaten der Unionsparteien zur Bundestagswahl 1980 zu benennen. Der Bundesvorstand macht sich diesen Vorschlag zu eigen.“

Über den Verlauf der Vorstandssitzung gab Helmut Kohl vor der Presse folgenden Bericht:

Zu Beginn der Sitzung hatten wir uns zunächst mit einem für uns ungewöhnlich glücklichen Tatbestand zu beschäftigen: Wir haben noch einmal unseren Freund Karl Carstens, der zum letzten Mal im Bundesvorstand war, sehr herzlich be-

(Weiter auf Seite 2)

**Noch 9 Tage
bis zur
Europawahl**

**Heute für den
Wahlkampf:**

Weder ein Arbeiter noch ein Landwirt / Frauen im Europaparlament / EG-Sozialkonferenz geplazt / Appell an die Kommunalpolitiker Seiten 4—6

Dem Wähler sagen / Antworten an die SPD Seiten 7—9

Wahlkampfthema Energiepolitik: Die Zerstrittenheit von SPD und FDP gefährdet Europas Zukunft Seiten 9—10

Endspurt im Europawahlkampf / Auch der Wahltag ist wichtig blauer Teil

GEMEINDEN

Finanzreform muß weitergeführt werden Seite 11

FORTBILDUNG

Fünf Vorschläge der Union zur beruflichen Fortbildung Seite 12

**CDU IN
NIEDERSACHSEN**

Die Union muß einen klaren Kurs steuern Seite 13

glückwünscht zu seinem großartigen Wahlergebnis, und wir haben ihm unsere guten Wünsche für seine Amtszeit als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland übermittelt.

Das war für uns auch und gerade an diesem Tage ein wichtiger und ein guter Augenblick, weil bei dieser Gelegenheit erneut deutlich wurde, daß wir — CDU und CSU — die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland sind.

Wir alle waren uns bewußt, daß diese Sitzung für die Zukunft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands ganz besonders wichtig ist; daß gerade jetzt, mitten im Wahlkampf zur Europawahl, viele unserer Freunde draußen, unsere Mitglieder, unsere Anhänger, unsere Wähler mit einem ganz besonderen Interesse hierher nach Bonn schauen und unsere Beratungen begleiten. Dementsprechend war auch das Klima und die Atmosphäre dieser Sitzung besonders ernst, besonders verantwortungsbewußt. Aber es war auch eine Debatte auf einem besonders hohen Niveau; Gerhard Stoltenberg sagte, daß er in den vielen Jahren, die er dem Bundesvorstand angehört, selten eine solche ausgezeichnete, auch von menschlicher Gemeinsamkeit getragene Debatte miterlebt hat.

Es gab weit über 30 Wortmeldungen, d. h. daß sich praktisch jedes Mitglied zur Diskussion gemeldet hat. Ich habe zu Beginn der Sitzung einen sehr eingehenden, ganz ungeschminkt die Lage charakterisierenden Bericht gegeben. Im Rahmen dieses Berichtes habe ich vor allem auf meine besondere Verantwortung als gewählter Vorsitzender der Partei und als gewählter Fraktionsvorsitzender der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU hingewiesen.

Das ist eine Verantwortung, die ich ganz besonders spüre, weil ich ja die Verantwortung als Parteivorsitzender gerade neu bis zum Jahre 1981 übernommen habe und auch meine Amtszeit in der Fraktion bis zum Ende dieser Legislaturperiode 1980 läuft. Der Vorstand hat in vielen Beiträgen meine Meinung noch einmal unterstrichen, daß ich selbstverständlich beide Ämter in voller Verantwortung für die mir übertragene Amtszeit verwalte.

Im Mittelpunkt der Themen, die ich dann in meinem Bericht angesprochen habe, standen vor allem jene Fragen, die sich aus der personalen Entwicklung im Blick auf die Bundestagswahl ergeben müssen. Selbstverständlich waren wir uns alle einig darüber, daß die Fragen der strategischen Überlegungen und die Fragen der Sachpolitik eine gleichgroße Bedeutung haben und daß wir sie — wie in der Vergangenheit — auch in allernächster Zukunft erneut und intensiv zur Vorbereitung der Bundestagswahl gemeinsam behandeln müssen.

Wie in meinem Schlußwort auf dem Kieler Parteitag habe ich auch in meinem Bericht darauf hingewiesen, daß in der besonderen Lage, in der wir — CDU und CSU — als Opposition im Bundestag und als Parteienverbund mit der absoluten Mehrheit im Bundesrat stehen, sich jeder prüfen muß, was er in seiner Verantwortung zu tun bereit ist, um den Sieg von CDU und CSU und damit die Ablösung der gegenwärtigen Bundesregierung im Jahre 1980 zu ermöglichen.

Ich habe heute wiederholt, was ich in Kiel sagte: dabei steht niemand unter Denkmalschutz, und jeder muß sich danach fragen, was ist dein Beitrag, um

dieses große Ziel zu erreichen. Ich habe selbstverständlich bei dieser Prüfung jene Position eingenommen, die mit Recht die Mitglieder unserer Partei von ihrem Vorsitzenden verlangen; eine Position, die auch mein bisheriges Leben bestimmt hat: nämlich die Sache vor die Person zu stellen. Nach langer und sorgfältiger Prüfung, nach vielen Gesprächen, vor allem auch nach meiner Interpretation der vorliegenden Informationen und Daten, bin ich dann zu dem Ergebnis gekommen, dem Bundesvorstand vorzuschlagen, Ernst Albrecht als Kanzlerkandidaten der Union zu empfehlen.

Ich bin der Überzeugung, daß es in der gegenwärtigen Lage unter Berücksichtigung aller denkbaren Überlegungen das Richtige ist, mit Ernst Albrecht an der Spitze in die Bundestagswahl 1980 zu ziehen. Ernst Albrecht ist ein Mann, der nach seinem Persönlichkeitsbild und nach seinem Werdegang eine Politik der Mitte, jene Politik, die die Union immer ausgezeichnet hat, am überzeugendsten vertreten kann. Er ist ein Mann, der in den Jahren seiner Ministerpräsidentschaft in Niedersachsen in überzeugender Weise Regierungskunst im besten Sinne des Wortes gezeigt hat und der aufgrund der vielen Jahre, die er im europäischen Ausland verbracht hat, auch die wichtigsten Perspektiven in der auswärtigen Politik in einer besonderen Weise überschauen kann.

Er ist ein Mann, der vor allem jene Wählerschichten anspricht, die bei dem Ausgang der Bundestagswahl besonders wichtig sind — alle Wählerschichten sind wichtig, aber diese sind es ganz besonders: Erstwähler, Jungwähler, Frauen und jene vielen Wähler, die sich von Wahl zu Wahl stets neu entscheiden. Gerade in der jetzigen Konstellation hat außerdem ein Kandidat aus dem norddeutschen Bereich für uns besondere Chancen.

Unsere Freunde und Kollegen aus der CSU haben am vergangenen Donnerstag ihren Vorschlag für die Nominierung eines Kanzlerkandidaten eingebracht und veröffentlicht. Sie haben Franz Josef Strauß benannt. Er selbst hat erklärt, daß er zu dieser Kandidatur bereit sei. Er ist beinahe überflüssig, hier zu betonen, daß dies das selbstverständliche Recht einer selbständigen Partei wie der CSU ist.

Wir haben nun heute das gleiche getan. Jetzt müssen wir unverzüglich beginnen, die notwendigen Gespräche zu führen mit dem Ziel der Einigung und der Nominierung eines gemeinsamen Kanzlerkandidaten für CDU und CSU.

Ernst Albrecht: Es geht um unsere Politik für Deutschland

Ernst Albrecht gab anschließend folgenden Bericht:

Dies ist für den Bundesvorstand, aber auch für mich persönlich ein bewegender Tag. Unser Bundesvorsitzender Helmut Kohl hat uns erklärt, daß er nicht noch einmal als Kanzlerkandidat im Jahre 1980 antreten will. Jeder von uns hier im Saale weiß, daß wohl keiner unter den Politikern der Christlich Demokratischen Union so viele Jahre mit so viel Energie für unsere Sache gearbeitet hat wie er. Es ist immerhin die Zeit gewesen, in der die Union in Deutschland mit dem

Spitzenkandidaten Helmut Kohl ihr zweitbestes Wahlergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt erreicht hat. Und es ist die Periode gewesen, in der zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Unionsparteien die absolute Mehrheit in der Bundesversammlung errungen haben.

Der Bundesvorstand hat ihm von Herzen gedankt, er hat seinen Entschluß respektiert, und er hat begriffen, daß Helmut Kohl sich zu diesem Schritt entschlossen hat, nicht um sich zurückzuziehen, sondern um freier zu werden für die Verwirklichung seiner politischen Vorstellungen, denn er bleibt ja selbstverständlich unser Bundesvorsitzender und auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der Bundesvorstand hat auf Vorschlag von Helmut Kohl fast einstimmig mich gebeten, für die Kanzlerkandidatur bereitzustehen. Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß ich mich einer solchen Aufforderung nicht verschließen kann, auch wenn ich nie einen Hehl daraus gemacht habe, daß dies erhebliche Probleme für unser Land Niedersachsen und auch für mich persönlich mit sich bringt. Dies ist der Wunsch der Christlich Demokratischen Union. Es ist keine Entscheidung über den gemeinsamen Kanzlerkandidaten von CDU und CSU, es ist ein Angebot an unsere Schwesterpartei, und wir werden nun die Gespräche zügig aufnehmen.

Ich darf eines noch aus meiner Sicht dazu sagen: Ich habe vor dem Landesparteitag der CDU in Niedersachsen am vergangenen Wochenende gesagt, daß es hier in Wahrheit ja nicht um Personen geht, sondern um unsere Politik für Deutschland. Und wenn wir alle — ich persönlich bin hierzu fest entschlossen — im Auge behalten, daß wir als Person dienende Funktion haben, dann bin ich sicher, daß wir auch zu guten gemeinsamen Ergebnissen kommen werden.

■ INFORMATIONEN FÜR DEN WAHLKAMPF

Weder ein Arbeiter noch ein Landwirt

Die SPD versucht, sich im Europawahlkampf als Partei der Arbeitnehmer darzustellen. Die Wahrheit sieht anders aus. Auf der Liste der SPD kandidiert — lt. Statistischem Bundesamt — weder ein Arbeiter noch ein Landwirt. Auf den Listen der CDU kandidieren zwei Bewerber, die der statistischen Kategorie der Fertigungsberufe (Arbeiter) zuge-rechnet werden und 13 im Bereich der

Landwirtschaft tätige Personen. Die Kandidaten der SPD werden fast ausschließlich in der Kategorie „Dienstleistungsberufe“ geführt. Eine nähere Aufschlüsselung zeigt, daß es sich hierbei hauptsächlich um sogenannte Funktionäre handelt.

Frauen im Europaparlament

Die SPD röhmt sich, für den Europawahlkampf so viele Frauen wie noch nie aufgestellt zu haben, und spricht von acht Frauen auf sicheren Plätzen.

Wenn man das Wahlergebnis der letzten Bundestagswahl zugrunde legt, bleiben davon jedoch nur noch sechs übrig bei insgesamt 32 Sitzen für die SPD. Die CDU/CSU rechnet mit vier weiblichen Abgeordneten im neu gewählten Europäischen Parlament. Auch die derzeitig einzige weibliche Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament ist eine Abgeordnete der CDU, Dr. Hanna Walz, MdB. Sieht man etwas genauer hin, wie die SPD es mit den Frauenkandidaturen hält, so fällt zum Beispiel ins Auge, daß im 8. Deutschen Bundestag die CDU/CSU mit 20 weiblichen Abgeordneten an der Spitze liegt; die SPD vertreten 16 Frauen.

Appell an die Kommunalpolitiker

Bei der europäischen Direktwahl am 10. Juni geht es nicht nur um die Kräfteverteilung in einem Parlament. Wir entscheiden über die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Politik. Bei dem Ausbau Europas in Freiheit kommt der Regionalpolitik große Bedeutung zu: Die Binnenstruktur des Zusammenschlusses entscheidet über die Freiheitschancen jedes einzelnen. Hierzu Horst Waffenschmidt:

— Das neue Europaparlament muß schnell wesentliche Beiträge zur Entbürokratisierung der Verwaltungsverfahren in Europa leisten. Viele Initiativen für die Regionalpolitik in strukturschwachen Gebieten drohen in einem Übermaß an Bürokratismus zu ersticken.

— Die Städtepartnerschaften in Europa sollen zu einem Element praktizierter Solidarität werden. Städte und Gemeinden aus den europäischen Nachbarländern und aus der Bundesrepublik Deutschland sollen sich im Rahmen ih-

Appell an das Fernsehen

Zur Berichterstattung von Hörfunk und Fernsehen über die Europawahl hat Generalsekretär Heiner Geißler dem ARD-Vorsitzenden Friedrich-Wilhelm Freiherr von Sell und dem Intendanten des Zweiten Deutschen Fernsehens, Karl-Günther von Hase, am 23. Mai einen Brief geschrieben, in dem es u. a. heißt:

Anlaß meines Schreibens ist die Sorge, daß die Europawahl in der aktuellen Berichterstattung von Hörfunk und Fernsehen bisher keinen angemessenen Stellenwert erhalten hat und damit die Gefahr besteht, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung die Bedeutung dieser Wahl für die Zukunft unseres Landes noch nicht erkannt hat.

Wenn Europa, wie es alle demokratischen Kräfte in unserem Lande wünschen, in einer Welt von Gegensätzen und unterschiedlichen Gruppierungen eine wichtige Rolle spielen soll, die seiner Geschichte und der geistigen Kraft seiner Völker entspricht, dann müssen wir alle für dieses Europa mehr werben.

Selbstverständlich verkenne ich nicht, daß die elektronischen Medien manche Anstrengung erkennen lassen, die in die gewünschte Richtung weist. Dennoch erscheint mir das, was derzeit in den Medien für die Europa-Werbung getan wird, noch nicht hinreichend.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, dem Europagedanken in der aktuellen Berichterstattung mehr als bisher zur Geltung zu verhelfen.

rer jeweiligen Möglichkeiten mit Rat und Tat helfen bei den Aufgaben für die sozialen und kulturellen Einrichtungen und bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit.

— In der Endphase des Europawahlkampfes sollen alle Kommunalpolitiker in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt für eine hohe Wahlbeteiligung in ihren örtlichen Bereichen werben, damit das erste direkt gewählte Europäische Parlament durch eine hohe Wahlbeteiligung eine starke demokratische Legitimation erhält.

Bonn und Paris gegen einheitliche Pflichtfremdsprache

Bundesfamilienministerin Antje Huber und der französische Jugendminister Jean-Pierre Soisson lehnen es ab, sich innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf Englisch oder Französisch als erste einheitliche Pflichtfremdsprache an den Schulen zu einigen. Auf der Frühjahrssitzung des deutsch-französischen Jugendwerkes in Dijon erklärte Frau Huber, wichtiger sei es, überhaupt eine zweite Sprache zu erlernen. Soisson meinte dazu, wolle man diese Absicht verwirklichen, würde man sich nach dem jetzigen Stand wohl für Englisch entscheiden. Eine solche Entscheidung sei aber nicht wünschenswert und würde auch „gegen den Geist der Gemeinschaft“ verstößen.

EG-Sozialkonferenz geplatzt

Die europäischen Gewerkschaften haben in Brüssel eine EG-Sozialkonferenz platzen lassen, weil die Arbeitgeber eine Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung ablehnten. EGB-Generalsekretär Hinterscheider kündigte anschließend vor der Presse für Ende Juni Beratungen des EGB über mögliche Aktionsan. In der Konferenz hatte Ratsvor-

sitzender Arbeitsminister Boulin zwar konkrete Vorschläge des EG-Ministerrates und einen Auftrag an die EG-Kommission bis zum Jahresende versprochen, die Delegation der Arbeitgeber jedoch hatte erklärt, sie habe kein Mandat für eine Diskussion über Arbeitszeitverkürzung, weil das Thema nicht auf der Tagesordnung stehe.

Die Skepsis bleibt

Die wirtschaftlichen Aussichten werden von den europäischen Verbrauchern zurückhaltend bis skeptisch beurteilt. Dies ergibt die repräsentative Umfrage in den neun Partnerstaaten. Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten zwölf Monaten zunehmen, meint die Mehrzahl der Verbraucher. In den meisten Mitgliedstaaten ist mit einem stärkeren Preisauftrieb als 1978 zu rechnen. Auf die Frage, ob die Anschaffung dauerhafter Güter jetzt günstig sei, zeigt sich verstärkte Zurückhaltung. Gleichzeitig ist die Mehrzahl der Verbraucher bereit, im Jahre 1979 mehr zu sparen als bisher.

Europa-Parlament billigt Richtlinien für Datenschutz

Das Europäische Parlament hat in Luxemburg Richtlinien zum Schutz der Privatsphäre vor Mißbrauch gespeicherter Daten verabschiedet. Alle Fraktionen sprachen sich für den 90 Seiten umfassenden Bericht des Rechtsausschusses aus. Die Leitlinien sehen vor, daß die Parlamente in den Mitgliedsländern und das Europäische Parlament auf EG-Ebene die oberste Kontrolle ausüben. In den Mitgliedsländern sollen unabhängige Überwachungsorgane geschaffen werden, die jährlich einem EG-Datenschutzorgan Bericht erstatten, was dem Europaparlament wiederum jährlich berichtet.

■ WAHLKAMPFTELEFON (02221) 5441

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

Die SPD behauptet:

„Sozialdemokraten haben die Montanunion und die europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht abgelehnt, weil sie eine anti-europäische Grundhaltung gehabt hätten, sondern wegen grundsätzlicher Bedenken gegen die vorgelegten Verträge ...“

Tatsache ist:

Die SPD lehnt im Unterschied zur CDU die Montanunion und den Vertrag für die europäische Verteidigungsgemeinschaft ab,

■ weil sie befürchtete, im Europa der sechs Nationen könnten sich christliche demokratische Gedanken stärker durchsetzen als sozialistische Vorstellungen;

■ weil sie zu dieser Zeit alle Bemühungen zur Schaffung gemeinsamer Verteidigungswerke der freien Welt torpedierte;

■ weil sie zu dieser Zeit wesentlich stärker durch nationalstaatliche Gedanken bestimmt war, als durch den Willen zur europäischen Einigung.

Die SPD behauptet:

„Den Unionsparteien geht es nicht um Europa, wie auch ihre Kandidatenlisten beweisen. Die CDU-Listen in den einzelnen Ländern können mit ihren Kandidaten der überall in gleicher Form aufgelegten Bundeslisten der SPD nicht Paroli bieten.“

Tatsache ist:

Die SPD ist offensichtlich nicht in der Lage, für alle Länder eine attraktive Kandidatenliste anzubieten. Deshalb hat sie lediglich eine Bundesliste zustande gebracht. Die CDU handelt dagegen nach dem föderalistischen Prinzip, wonach alle Regionen und landsmannschaftlichen Verschiedenheiten auch in Europa zu Wort kommen sollen. Sie hat ihre Kandidaten bürgernah gewählt und dabei in allen Bundesländern beachtenswerte Persönlichkeiten nominiert.

Auf den ersten Plätzen ihrer Landeslisten stehen z. B. Hans Katzer, der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU und Vorsitzende der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer und ehemalige Bundesarbeitsminister; Kai-Uwe von Hassel, ebenfalls früherer Bundesminister und Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union sowie Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten; Egon Klepsch, Fraktionsvorsitzender der Christlich-Demokratischen Fraktion im Europäischen Parlament; Dr. Hanna Walz, Spitzenkandidatin in Hessen und Spezialistin für Fragen der Wissenschaft und Forschung im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag.

Die SPD behauptet:

„Die Volksfront wird von den Sozialdemokraten entschieden abgelehnt.“

Tatsache ist:

An deutschen Hochschulen arbeiten Jusos mit Kommunisten in der Vereinigten Deutschen Studentenschaft (VDS) auf das engste zusammen. Auch in Europa gibt es zunehmend Volksfrontbündnisse zwischen Kommunisten und Sozialisten. Frankreichs Sozialistische Partei hat auf ihrem jüngsten Kongreß in Metz einen scharfen Linksruck vollzogen. Mitterands Mehrheitsgruppierung hat das Bekenntnis zur Einigkeit der Linken, d. h. zur Volksfront mit den Kommunisten, bekräftigt und ihrem Bund mit der extremen Linken der Partei beschworen. In Italien haben die Sozialisten eine demokratische Mehrheitsregierung verhindert, weil die Christdemokraten keine Kommunisten in der Regierung haben wollten. In Spanien haben Sozialisten und Kommunisten nach den Kommunalwahlen vom 3. April in 2000 Städten des Landes kommunale Volksfrontallianzen gebildet und in den meisten Fällen die demokratische Mehrheitspartei, die Zentrumsunion, von den Stadtregierungen ausgeschlossen. Die SPD röhmt sich offen des brüderlichen Einvernehmens mit diesen sozialistischen Parteien. Von Ablehnung der Volksfront durch die Sozialdemokraten kann daher keine Rede sein.

Die SPD behauptet:

„Die von Sozialdemokraten wesentlich geprägte Entspannungspolitik dient Europa.“

Tatsache ist:

Im Gegensatz zur CDU setzt die SPD mit ihrer Politik auf mehr Anpassung und nimmt dafür weniger Sicherheit in Kauf. Der außenpolitische Teil des Europaprogramms der SPD und des Wahlausrufs der Eurosozialisten ist besorgniserregend:

■ Die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts soll nur noch zeitweilig gelten. Langfristiges Ziel ist die „Überwindung der Blöcke“. Die Verharmlosung der Strategie der Sowjetunion und des wachsenden militärischen Bedrohungspotentials ist Bestandteil dieses Programms.

■ Bei den Rüstungskontrollverhandlungen werden Moskau Konzessionen gemacht.

Neue Waffensysteme sollen nur entwickelt werden, wenn sie solche Verhandlungen nicht behindern. Die Debatte um die Neutronenwaffe hat gezeigt, in welchem Maße die Sowjetunion auf die westliche Verteidigungsplanung Druck ausüben kann.

Für die CDU bleibt Entspannungspolitik untrennbar verbunden mit der Erfordernis eines Gleichgewichts der Kräfte, des Prinzips der Leistung und Gegenleistung, der Einhaltung von Verträgen und der Verwirklichung der Menschenrechte. Dies ist Voraussetzung für eine Politik für den Frieden in Freiheit.

Die SPD behauptet:

„Wo Konservative zu lange Zeit regieren, erhalten Kommunisten Zulauf.“

Tatsache ist:

Wo die Sozialisten versagen, erhalten die Kommunisten Zulauf (Beispiel: Italien). Bemerkenswert ist auch, daß die kommunistischen Parteien nur dann stark werden, wenn die demokratischen Sozialisten keinen entscheidenden Trennungsstrich mehr zu den totalitären Kommunisten ziehen. Wenn Sozialisten mit Kommunisten zusammenarbeiten, machen sie die Kommunisten für die Bürger in einem demokratischen Staat wählbar (Beispiele: Italien und Frankreich).

■ WAHLKAMPFTHEMA: ENERGIEPOLITIK

Zerstrittenheit von SPD und FDP gefährdet Europas Zukunft

Die Bewältigung der drohenden Energiekrise in den kommenden Jahren gehört zu einer der größten politischen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Dies gilt sowohl für die Bundesrepublik Deutschland als auch für ihre EG-Partnerländer. Vor allem die SPD will ihren in der Bundesrepublik betriebenen verworrenen Kurs in der Energiepolitik allem Anschein nach auch auf die europäische Ebene übertragen.

Da bei hat es die SPD/FDP-Regierung, verunsichert durch die eigenen Parteitagsbeschlüsse, nicht geschafft, für unser Land eine zukunftsorientierte Energiepolitik durchzusetzen. Es ist der Bundesregierung nicht gelungen, unsere Abhängigkeit von Erdölimporten zu mindern. Nach wie vor liegen diese bei über 50 % unseres Energiebedarfs. Eine durchgreifende Substitution des Erdöls durch einen anderen Energieträger oder durch Energieeinsparung ist nicht in Sicht. Eine langfristig kombinierte Strategie aus rationeller Energieverwendung, dem verstärkten Einsatz von Kohle und Kernkraftwerken und der Erschließung neuer nichtnuklearer Energiequellen konnte die Bundesregierung bisher noch nicht einmal in Ansätzen verwirklichen. Vor allem in Sachen Kernenergie ist das Spiel der SPD opportunistisch und doppelbödig: Bundeskanzler Schmidt

verkündet z. B., daß auf den Ausbau der Kernenergie nicht verzichtet werden könne. Gleichzeitig haben seine Parteifreunde im schleswig-holsteinischen Wahlkampf aus taktischen Gründen die Nutzung der Kernenergie mit moralischer Entrüstung abgelehnt.

Der SPD-Spitzenkandidat Matthiesen hat ebenso wie der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Günter Jansen einen Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie gefordert. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Reinhart Schulz hat Schmidt als Atomkanzler bezeichnet und dessen Äußerungen zur Energiepolitik als „unverantwortlich, blind und gefährlich“ qualifiziert.

Ähnlich gespalten ist die FDP. Sie hat zur Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung dadurch beigetragen, daß sie auf ihrem Bundesparteitag im November 1978 die kommerzielle Nutzung der Technologie des Schnellen Brüters ablehnte und die Nutzung der Kernenergie erneut an der Deckung eines objektiv nicht feststellbaren „Restbedarfs“ orientieren will.

Um nicht ganz das Gesicht zu verlieren, drohten 1978 die FDP-Bundesminister mit ihrem Rücktritt, um die Rebellion in der eigenen Bundestagsfraktion zu überwinden: Die dritte Teilerrichtungsgenehmigung für den Reaktor in Kalkar hätte beinahe den Sturz der Regierung Schmidt herbeigeführt. Nicht zuletzt hat

auch Bundesinnenminister Baum in Widerspruch zu seinem Regierungschef öffentlich die Notwendigkeit der Kernkraft für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt.

Die CDU stellt schon seit langem dem Zickzackkurs der Bundesregierung in der Energiepolitik eine realistische und glaubwürdige Konzeption gegenüber. Sie ist der Ansicht, daß sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der EG sämtliche konventionellen Energieträger zur Sicherstellung der Energieversorgung herangezogen werden müssen. Darüber hinaus kommt neben einer konsequent betriebenen Politik der Energieeinsparung der Nutzung

der Stein- und Braunkohlevorräte besondere Bedeutung zu. Zusätzlich ist zur Schonung von Erdöl- und Erdgasvorkommen und aus wirtschaftlicher Notwendigkeit ein maßvoller Ausbau und Einsatz der Kernenergie erforderlich.

Voraussetzung für die Einbeziehung der Kernkraft in das Energieprogramm der CDU war und ist immer der Vorrang der Sicherheit der Bürger vor wirtschaftlichen Überlegungen. Der Vorrang der Sicherheit der Bürger bedeutet eine konsequente Weiterentwicklung der Sicherheitsmaßnahmen.

Nach den Erfahrungen von Harrisburg ist hierbei nicht nur zu prüfen, wie das schon hochentwickelte technische Sicherheitskonzept noch weiter verbessert werden kann. Hierzu gehört auch eine enge internationale Zusammenarbeit und die Abstimmung von Sicherheitsnormen. Es ist äußerst wichtig, daß die Staaten Europas vom Energieträger Öl unabhängiger werden, denn für die Länder der Dritten Welt ist dieser Energieträger die einzige Möglichkeit, den gigantischen zusätzlichen Energiebedarf, der in Zukunft anfallen wird, in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu decken.

Hinzu kommt, daß allein in der Bundesrepublik Deutschland ein durch den Ausfall der Kernenergie bedingter Mangel an Energie die Arbeitslosenzahl bis 1985 auf 2,5 Mill. erhöhen würde.

Die Kernkraftwerksgegner haben bei der Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht die Moral für sich allein. Von allen möglichen Lösungen ist die lebensfeindlichste die, bei der langfristig Energie fehlt, denn sie bedeutet die Bedrohung großer Teile der Menschheit durch Hunger und Not.

Neue „Zum Thema“-Broschüre Familiengeld

Das Familiengeld ist eine Forderung der CDU, damit Eltern Zeit für die Erziehung der Kinder haben. Diese Forderung erläutert die neue Broschüre. Ausgehend von der Situation der Familie in der Bundesrepublik wird die Familieninitiative der CDU vorgestellt und mit der halbherzigen Politik der Bundesregierung verglichen.

Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten werden offengelegt und die Erfolgschancen an Hand eines Modellversuches in Niedersachsen aufgezeigt.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb gilt die Sorge der CDU der Familie. Die CDU-Familieninitiative ist hierfür ein erneuter Beweis.

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 16,— DM pro 100 Exemplare

Bestellnummer: 5952

■ GEMEINDEFINANZEN

Reform muß weitergeführt werden

Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV), MdB Horst Waffenschmidt, hat auf einer Pressekonferenz in Bonn die folgende „Erklärung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands zur aktuellen Finanzsituation der Städte, Gemeinden und Kreise“ veröffentlicht, die vom Bundesvorstand und Hauptausschuß der KPV beschlossen worden ist.

In der Erklärung heißt es u. a.:

1. Nach intensiven Bemühungen der Unionsparteien im Bundestag und Bundesrat ist es gelungen, daß ab 1. Januar 1980 der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf 15 vom Hundert angehoben wird und die Gewerbesteuerumlage um $\frac{1}{3}$ gesenkt wird.

Die Bundes-KPV fordert die weitere schrittweise Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf 18 %. Außerdem muß geprüft werden, wie die Gemeinden unmittelbar an der Umsatzsteuer beteiligt werden können.

2. Es muß deutlich erklärt werden, daß die Gewerbesteuer im Interesse der Betriebe, der Arbeitsplatzsicherung und der kommunalen Finanzausstattung auch in Zukunft ein wichtiges Element der Gemeindefinanzen bleiben muß. Künftige Erleichterungen bei der Gewerbesteuer sind nur in dem Maße möglich, wie durch Senkung der kommunalen Gewerbesteuerumlage ein unmittelbarer Ausgleich möglich ist.

3. Noch immer beträgt der Anteil der Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen nur 12,3 %. Er ist sogar in den letzten drei Jahren zurückgegangen.

4. Hinzu kommt die wachsende Ausgabenbelastung bei den Gemeinden, die insbesondere durch die Bundes- und Landesgesetzgebung hervorgerufen wird. Deshalb gilt: Wer Gesetze beschließt und den Gemeinden zur Ausführung übermittelt, der muß auch deutlich nachweisen, wie die Belastungen daraus finanziert werden sollen.

5. Neuerdings wird oft davon gesprochen, der Investitionsbedarf im kommunalen Bereich habe nachhaltig nachgelassen, deshalb sei auch hierfür nicht mehr so viel Finanzmasse notwendig. Dieser Fragenkomplex muß differenziert betrachtet werden. Zwar ist ein gewisser Investitionsbedarf erfüllt, z. B. bei weiten Bereichen des Schulbusses, dafür stehen aber andere Investitionsaufgaben an, z. B. im Umweltschutz und bei der Stadt- und Dorferneuerung.

6. Bei der notwendigen Senkung der Gewerbesteuerhebesätze im Zusammenhang mit dem Steueränderungsgesetz 1979 kann es keine bundesweite Automatik geben.

7. Auch die Grunderwerbsteuer ist neu in die öffentliche Diskussion gekommen. Sie bringt im kommunalen Bereich rd. zwei Milliarden DM ein. Bei Steuerver einfachungslösungen für diesen Steuerbereich kann es nur eine aufkommensneutrale Lösung geben.

■ BERUFLICHE FORTBILDUNG

Fünf Vorschläge der Union

Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages hat in ihrem Antrag „Beruflische Fortbildung in Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen“ eine Reihe präziser und konkreter Vorschläge erarbeitet, um die Möglichkeiten des einzelnen Arbeitnehmers zu verbessern, seine beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu erhalten und zu erweitern, um seine Qualifikation auf diese Weise der technischen Entwicklung anzupassen und beruflich aufzusteigen.

Mit diesen präzisen Vorschlägen will die CDU/CSU die Bundesregierung und die Koalitionsparteien SPD und FDP aufrütteln, auf diesem bildungspolitischen Gebiet, das sie bisher vernachlässigt haben, endlich tätig zu werden, Initiativen zu ergreifen und mit der Union in eine vorurteilsfreie Diskussion unserer Vorschläge einzutreten, erklärte MdB Dorothee Wilms, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Beruflische Bildung“ der Bundestagsfraktion.

Die wichtigsten Forderungen:

1. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sollte zweckmäßigerweise durch Sachverständigenkommissionen erarbeitete Empfehlungen zur Ordnung der Fortbildung herausgeben. Solche Empfehlungen sind offener, dynamischer, flexibler und praktikabler als Rechtsverordnungen, an die in formaler

Hinsicht strengere Anforderungen gestellt werden müssen.

2. Rechtsverordnungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft sollten nur in den Bereichen erlassen werden, wo es sich um Aufstiegsfortbildung handelt und wo das wegen der mit Prüfungen verbundenen bundeseinheitlichen Berechtigungen erforderlich ist. Sie sollten sich auf die Prüfungsanforderungen, das Prüfungsverfahren und die Bezeichnung des Abschlusses beschränken und die Träger von Fortbildungsmaßnahmen im Hinblick auf die Gestaltung des Inhalts und die Auswahl der Methodik für die beruflische Fortbildung nicht einengen.

3. Zur Vorbereitung von Empfehlungen und Richtlinien sollen analytische und methodisch-didaktische Vorarbeiten in Sachverständigenkommissionen auf Bundesebene, an denen die Tarifpartner und die zuständigen staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen beteiligt sind, geleistet werden. Auf diese Weise können neue, praxisnahe und bedarfsgerechte Fortbildungsgänge vorgeklärt und erarbeitet werden.

4. In Modellversuchen sollte geprüft werden, ob Darlehen oder Zuschüsse nach § 54 Arbeitsförderungsgesetz (so genannte Eingliederungsbeihilfen) auch dann an Arbeitgeber gewährt werden können, wenn diese bei jungen Fachkräften, die nach Beendigung ihrer Ausbildung von Arbeitslosigkeit bedroht sind, das Arbeitsverhältnis fortsetzen und diese darüber hinaus auch in Fortbildungsveranstaltungen entsenden.

5. Beruflische Fortbildung, soweit sie an wissenschaftlichen Hochschulen vermittelt wird, sollte auf studienbezogene (akademische) Bildungsgänge mit wissenschaftlichem hochschuladäquatem Niveau konzentriert sein.

■ CDU IN NIEDERSACHSEN

Die Union muß einig sein und einen klaren Kurs steuern

Der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen (Tagungsort Wolfsburg) war überschattet von den Ereignissen, die — so Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann — den zukünftigen Weg der Union in Deutschland bestimmen werden. Hasselmann rief die niedersächsischen Delegierten auf zur Einigkeit und Stärke. Die Wahl von Karl Carstens zum Bundespräsidenten habe überzeugend bewiesen, wie stark die Union ist, wenn sie auch einig sei.

„Wenn wir einig sind, kann uns kein Gegner schlagen“, stellte der Landesvorsitzende unter dem großen Beifall der Delegierten fest. 30 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik dürfe die Union das Erbe Konrad Adenauers nicht verspielen.

Zur Europawahl stellte Hasselmann fest: Dem Bekenntnis zu Europa muß der Stimmzettel für Europa folgen. Und die Entscheidung unserer Bürger sollte so sein, daß sie keine Zweifel zurückläßt. Wir brauchen ein Votum für ein freies Europa, das die Freiheit des einzelnen über alles stellt.

Zur Lage der eigenen Partei erklärte der Vorsitzende: Die Union in Niedersachsen geht selbstbewußt, zielsicher und entschlossen mit ihrem Wählerauftrag um. Sie stellt unter Führung von Ministerpräsident Albrecht eine Mann-

schaft, die sich sehen lassen kann. Vieles ist inzwischen erreicht worden — manches ist aber noch besser zu machen. Deshalb ist eine Kommission eingesetzt worden, um Vorschläge für eine Fortschreibung des Lauterbacher Programmes zu machen. Dieses soll verzahnt werden mit dem Regierungsprogramm und neue Akzente setzen gegenüber der jungen Generation und den energiepolitischen Fragen.

Hasselmann nannte hier das Stichwort Gorleben. Das Programm wird demnächst zur Diskussion in die Parteidemokrien gehen und so rechtzeitig verabschiedet werden, daß die Union damit den Landtagswahlkampf 1982 erfolgreich bestehen kann.

Die Union in Niedersachsen hat gegenwärtig 96 000 Mitglieder und steuert auf die 100 000 zu. Zum Auftakt der Kommunalwahlen 1981 ist eine landesweite „Woche der CDU“ in Niedersachsen geplant.

Ministerpräsident Ernst Albrecht stellte die wirtschaftlichen Erfolge seiner Regierung in den Mittelpunkt seiner Rede. Der Aufschwung dürfe jedoch nicht darüber hinweg täuschen, daß es auch noch Betriebe gäbe, die nicht mehr wettbewerbsfähig seien. Eine aktive Mittelstandsförderung, neue Akzente in der Strukturpolitik sowie eine Stärkung der Forschungskapazität seien geeignete Mittel um dem Lande Niedersachsen und seiner Wirtschaft zukunftssicher zu machen.

chere Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.

Weitere Passagen der Rede von Ernst Albrecht waren: Ein klares Bekenntnis zum gegliederten Schulsystem, die Zusicherung, daß die geplanten Hochschulplätze gebaut werden, aber mit weniger hohem finanziellen Aufwand, um mit den eingesparten Millionen die Schuldenlast abzutragen sowie ein großes Lob für die erfolgreiche Arbeit von Sozialminister Schlipkowitz.

Die vorliegenden 21 Anträge wurden zum größten Teil an die Landtagsfraktion zur weiteren Beratung überwiesen. Hier ging es in erster Linie um die Verbesserung der Orientierungsstufe. Die Landesregierung wurde aufgefordert, möglichst schnell ein Vorgruppierungsmodell vorzulegen.

Der Antrag des Kreisverbandes Göttingen, rechts- und linksextreme Parteien zu verbieten, fand keine ausreichende Mehrheit.

Angenommen wurde hingegen ein Antrag der Jungen Union, in dem die DDR aufgefordert wird, Nico Hübner freizulassen.

Der Gastredner des Wolfsburger Parteitages, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, lobte die vorbildliche Zusammenarbeit der „Nordlichter“, bedankte sich sehr herzlich für die aktive Hilfe im schleswig-holsteinischen Wahlkampf. Der Einsatz von 13 hauptamtlichen Mitarbeitern aus Niedersachsen habe wesentlich dazu beigetragen, daß die CDU diesen schweren Wahlkampf letztlich doch gewonnen habe.

Die Siege der CDU in Hannover und Kiel haben gezeigt — so Gerhard Stoltenberg —, daß die Union auch in schwierigen Zeiten in Norddeutschland in der Lage ist, Mehrheiten zu gewin-

nen. Voraussetzung dafür ist eine gute Landespolitik, das Gespräch mit dem Bürger und die Verstärkung der Parteiarbeit „vor Ort“.

Schwerpunkt der Parteiarbeit beim LV Braunschweig

Auf dem Parteitag des Landesverbandes Braunschweig in Salzgitter (5. Mai), wies der Landesvorsitzende E. H. Jahn, MdL, vor 200 Delegierten auf das hervorragende Ergebnis der CDU bei der Landtagswahl im Braunschweiger Bereich hin. Acht Direktmandate von 14 Mandaten wurden erobert.

Hauptpunkte der Parteiarbeit für die nächste Zeit sind

- die schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme im Braunschweiger Raum,
- die Heranführung der jungen Generation an die Politik und insbesondere an die Arbeit der Christlich Demokratischen Union,
- eine frühzeitige Vorbereitung der Bundestagswahl 1980,
- eine verstärkte Mitgliederwerbung, insbesondere unter der Arbeitnehmerchaft und bei den Frauen.

Eine Umwandlung der drei selbständigen CDU-Landesverbände Braunschweig, Hannover und Oldenburg in einen einheitlichen CDU-Landesverband ist gegenwärtig nicht in Sicht. Der Vorsitzende der CDU in Niedersachsen, Wilfried Hasselmann, machte deutlich, daß sich die niedersächsische CDU nicht zu einer Parteireform drängen lasse. Die CDU habe ihre Funktionsfähigkeit bewiesen und werde sie auch in Zukunft beweisen.

Zur Sache:

Wir gratulieren, Herr Bundespräsident!

**Das neue Staatsoberhaupt der
Bundesrepublik Deutschland heißt Karl Carstens**

Wir gratulieren:

Am 23. Mai wählte die Bundesversammlung in Bonn Karl Carstens zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland. Die Wahl wurde damit zum sichtbaren Symbol der politischen Mehrheitsverhältnisse in unserem Land.

Die Bundesrepublik kann stolz sein, einen solchen Mann an ihrer Spitze zu haben. In Karl Carstens vereinen sich die Tugenden eines demokratischen Politikers:

Diener des Staates:

Karl Carstens hat sich hervorragende Verdienste um unseren Staat erworben. Er dient diesem Staat Bundesrepublik Deutschland seit nunmehr 30 Jahren.

Als Bevollmächtigter des Landes Bremen beim Bund,
als Vertreter der Bundesrepublik beim Europarat in Straßburg,
als Staatssekretär im Auswärtigen Amt, im Verteidigungsministerium und im Bundeskanzleramt,
als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag,
als Präsident des Deutschen Bundestages.

Hüter der Verfassung:

Karl Carstens vor den Wahlmännern der CDU/CSU am 5. März 1979:

„Ich werde das Ziel nicht aus den Augen verlieren, einen Zustand des Friedens in Europa zu erreichen, bei dem auch das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Freiheit wiedererlangt. Dies alles werde ich unter strikter Beachtung der Regeln tun, die unser Grundgesetz für die Amtsführung des Bundespräsidenten aufstellt.“

Bewahrer der Freiheit:

Karl Carstens ebenfalls am 5. März 1979:

„Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit werden mein Verhalten bestimmen. Ich werde alles in meinen Kräften stehende tun, um unserem Land den Frieden zu bewahren. Ich werde mich dafür einsetzen, daß in unserem Land die Freiheit erhalten bleibt.“

Die Verfassung lebt – das garantiert und dafür steht ihr Präsident, für ein freies Deutschland in einem freien Europa.

Karl Carstens – der Freiheit verpflichtet!

CDU

 **sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGLANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZÄHLT

■ ZITATE

Getäuscht

Die Heizölverbraucher, die sich am Anfang dieses Jahres auf die Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers und anderer Politiker verließen, man solle nicht hektisch kaufen, es werde schon wieder heruntergehen mit den Preisen, müssen sich jetzt getäuscht fühlen. Es wird nicht heruntergegangen, sondern kräftig herauf, wie die heute von Bundesminister Graf Lambsdorff vorgelegte Zahlenreihe zeigt... Angesichts der hinter uns liegenden Entwicklung ist auch der Appell an die Ölgesellschaften, bei ihrer Preispolitik die Kirche im Dorf zu lassen, verbunden mit dem allgemeinen Bekenntnis zu den Gewinnen dieser Unternehmen, ein wenig zu dünn.

Südwestfunk, 25. Mai 1979

Wie kann man plötzlich das Energie sparen mit dem Holzhammer verordnen?... Jetzt soll alles auf einmal aus

dem Boden gestampft werden: die Sparmotoren für die Autos wie die Sonnenzellen und Wärmepumpen für die Häuser. Wer dies noch alles kaufen und bezahlen kann, ist eine andere Frage. Doch, teures Öl, so der Spruch des Jahres, ist ja besser als gar kein Öl. Als wäre der Verbraucher so primitiv und würde bei dieser Geldschneiderei auch ohne Aufforderung nicht schon von selbst das Heizventil zurückschrauben und den Fuß vom Gaspedal nehmen.

Wo ist der mutige Mieter, der nicht nur Theaterdonner veranstaltet, sondern ungebeten in einem Konzern-Hochhaus erscheint? Wo sind die unerschrockenen Beamten, die unverhofft auf den Busch klopfen? So hört man es allenfalls ja aus den USA. Statt dessen erhält der Verbraucher Streicheleinheiten verpaßt für sein vernünftiges Verhalten. In der Tat, das ist das mindeste Zeichen der Dankbarkeit. 1,8 Mrd. DM kassierte der Bund allein im April bei Heizöl und Benzin. Auf denn — es kann nur noch mehr werden.

Deutsches Fernsehen, 25. Mai 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argenlanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD